

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei C. Mack'schen Buchdruckerei, Quakow 2, Strauß. für die Schriftleitung verantwortlich D. Strauß in Neuenbürg.

### Anzeigenpreis:

Die eins. Zeile oder deren Raum im Blatt Nr. 20, ausgeh. 25 Goldsch. Rekl. Zelle 80 Goldsch. m. Zeit. Steuer. Kollekt. Anzeigen 100, Zuschlag. Offerte und Ankauf. erteilung 20 Goldsch. Bei größeren Aufträgen Rabatt, bei im Falle des Abbruches halbiert. Wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt, bei Verzögerungen treten sofort alle früheren Verordnungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinmal Gewähr übernommen.

### Begabungspreis:

Halbmonatlich in Neuenbürg 75 Goldsch. Durch die Post in Orts- u. Überamtsbezirk, sowie im sonst im Vert. 24 G. M. m. Postzuschlag. Briefe freibleib. Kaderhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldsch.

In Fällen d. Gewalt behält kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung ob. auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Anzeigerstellen jederzeit entgegen.

Die-Numm. Nr. 24 C. K. Sp. 1926

Nr. 41.

Freitag, den 19. Februar 1926.

84. Jahrgang.

### Deutschland.

#### Landwirtschaftskammer Neuenbürg.

Neuenbürg, 17. Febr. Unter dem Vorsitz des Hofmeisters und Landtagsabgeordneten Henne in Tübingen fand auf dem Rathaus in Weisingen eine Vorstandssitzung statt. Der neuernannte Staatskommissar gab dem Wünsche einer reichlichen Zusammenarbeit Ausdruck, während Stadtschreiber Carl den Verhandlungen guten Erfolg wünschte. In geheimer Uebersicht gab Johann Schindler über einen Geschäftsbericht seit der letzten Vollversammlung und ging dabei auch auf die Arbeiten des Eingekleidungsamtes, verbunden mit einer Schlichtungsstelle bei Streitigkeiten und der Steuerberatungsstelle ein. Bezüglich der hauptsächlich mit der Beratung in Steuerbescheid, Umsatzsteuer- und Einkommensteuerangelegenheiten befaßt gewesen. Aus der vierwöchentlichen Berichterstattung der Jünglinge konnten die mannigfachen Wünsche der einzelnen Vereine und Bezirke festgehalten und den zuständigen Stellen mitgeteilt werden. Schritte hat die Kammer eingeleitet wegen Aufhebung der Kaufsteuer beim Ministerium des Innern und Einführung des zweiten Teils des Gesetzes über die Sicherung der Bauvorschriften, ebenso gegen die Erhöhung der Grundsteuer. Sodann wurden wegen der schlechten Ansichten auf dem Baumarkt die erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, damit der Wohnungsbau nicht ins Stocken gerate. Die Beibringungsordnung für das Buchdruckeramt mit den von einer bayerischen Kammer vorgelegenen Änderungen könne als brauchbares Material für weitere Verhandlungen angesehen werden. Es werde jedoch Gelegenheit gegeben sein, im Schrift. Kammerstag mit Angehörigen des Buchdruckeramtes einzelne Wünsche besonders geltend zu machen. Verwaltungangelegenheiten der verschiedenen Art wurden erörtert und erledigt. Wünsche um Zulassung zur Gesellen- und Meisterprüfung und Entbindung von den Lehrlingspflichtbestimmungen wurden behandelt. Dabei wurde von Vorstand beschloffen, nachdem die Zeitfrist des Schrift. Landtags alle selbständigen Landwirte um die Einleitung der bestehenden Verordnungen auf dem Gebiete des Lehrlingswesens nachdrücklich zu verlangen. Es müsse darauf gesehen werden, daß Landwirte, die zur Lehrlingsausleistungsbefreiung nicht berechtigt sind und trotzdem Lehrlinge einstellen, die Folgen zu tragen haben. Zur Meisterprüfung, die im Sommer 23. haben sich annähernd 500 Kandidaten angemeldet. Die Frühjahrsgesellenprüfungen sind eingeleitet. In dieser werden sich 1400 Lehrlinge, die bei der Kammer angemeldet sind, beteiligen. Eine Ehrenurkunde für 23jährige treue Dienstjahre konnte verliehen werden.

### Putschpläne?

Berlin, 18. Febr. Am „Vorwärts“ erhebt heute Scheidemann gegen den Oberst Nikolai, den ehemaligen Chef des Hochkommandos im Krieg, die Anklage, „den Putschismus zu organisieren“. Nikolai sei heute das Haupt einer stark organisierten Organisation, deren Aufgabe darin bestehe, das deutsche Volk zu betreiben, das heißt die Republik umzulagen. Der nächste Schlag soll viel gründlicher vorbereitet werden. Einem „würdigen Genossen“ hätte Nikolai dabei in Drogenberg gründen, da Berlin durch die Drogenberg-Blätter „verfälscht“ und die Provinz durch einen telegraphischen Nachrichtenendienst sowie durch eine Kriessprecherbande die hunderte von kleinen und größeren Blättern füllte. Scheidemann verurteilt Nikolai seinen Auftrag dann durch eine graphische Skizze. Von der Quelle Nikolai und Drogenberg würden folgende Organisationen geleitet: Die vaterländischen Verbände des Großen von der Welt, die vaterländischen Verbände des Großen Redentow, der Stahlhelm, der vaterländische Verband mit der „Deutschen Zeitung“, Organisation Ehrhardt, die Deutschnationale Volkspartei, der Herrenklub des Herrn von Meißner, die Jugendbewegung mit Einfluß der Telegraphen-Union und des Dammwerkes, der „Münchener Nachrichten“ und ein sogenannter „Allgemeiner Nachrichtenklub“, von dem Scheidemann behauptet, daß ihm die Materialbeschaffung und die Verabreichung gegen besonders auswärts zu nehmende Opfer obliege. Es fehlt Scheidemann „Jugendbewegung“: Scheidemann meint, Rabmann hätte sich wohl nicht so einstellen wollen, wie man das von ihm verlangt. Deshalb wolle man ihn unschädlich machen. Von der Zentrale am Scheidemanns Wohnung läßt eine Linie zu einer von ihm nur mit einem Kreis und zwei Fragezeichen bezeichneten Stelle. Scheidemann behauptet, das seien ihm bekannte höhere Offiziere. Von dort aus sei die Verbindung mit der Schwarzen Reichswehr unterhalten worden. Man wolle die Verantwortung für den Angriff und die Durchführung einweisen Herrn Scheidemann zu überlassen haben. Es ist wohl anzunehmen, daß, wenn auch nicht Herr Nikolai, der seit mehreren Jahren den Schwarzen zu vielen Lieben, so doch das Reichswehrministerium sich zu den Scheidemannschen Mitteilungen äußern wird.

### Bestimmungen über die Aushebung der Zugsteuer.

Ueber die Wenderung der Hersteller- und Kleinhandelssteuer auf Edeln- und Schmiedemetallwaren haben am 16. Februar im Reichsfinanzministerium Verhandlungen stattgefunden. In diesen Verhandlungen war das gesamte betrieblige Metallgewerbe, insbesondere das deutsche Edelmetallgewerbe (Anstalt und Handel) — Württemberg durch den Syndikus der Handelskammer — vertreten. Sämtliche von der Hersteller- und Kleinhandelssteuer betroffenen Industrie- und Handwerksbetriebe der Metallwarenindustrie haben eine Wenderung der Zugsteuer abgelehnt und einmütig die restlose Aushebung der Zugsteuer (also auch für Juwelen) gefordert. Die badischen Reichstagen des Innern und der Finanzen sind drastisch von der Handelskammer um nachdrücklichste Unterstützung dieser

### Forderung bei den zuständigen Reichsregierungstellen gebeten worden.

### Ausland.

#### Brind unterläßt Polens Ansprüche auf einen Ratsh.

Paris, 18. Febr. Bei seinem gestrigen Besuch beim Vizepräsidenten Brind verlangte der deutsche Botschafter, Herr v. Dösch, im Namen der deutschen Regierung Aufklärung darüber, ob davon die Rede sei, anderen Mächten als Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbundrat einzuräumen. Bereits am Montag hatte Herr v. Dösch den Botschaftsdirektor Verhelot von diesem Auftrag, der ihm antwortet worden war, Kenntnis gegeben. Nach Informationen, die am 18. Febr. gegeben worden waren, scheint Herr v. Dösch seinen Protest gegen eine eventuelle Erweiterung des Völkerbunds raten zu haben. Sowohl Verhelot als auch Brind haben dem deutschen Botschafter gegenüber die Auffassung vertreten, daß ihrer Meinung nach die Aufnahme Polens in den Völkerbundrat auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit den Großmächten bei einer guten und lokalen Ausführung der Beiträge von Vooarno notwendig sei. Polen sei infolge seiner politischen und geographischen Lage an allen europäischen Fragen direkt interessiert und es sei daher besser, wenn es keine Ansichten selbst verteidigen und nicht anderen Mächten die Wahrung seiner Interessen überlasse.

#### England zu Kompromissen bereit.

London, 18. Febr. Nach hier vorliegenden Informationen glaubt man in diplomatischen Kreisen, daß die Verhandlungen zwischen England und Frankreich über Erzielung eines Dauerfriedens an Polen im Völkerbundrat zu einem Kompromiß dahin führen werden, daß die Kandidatur bis zum Herbst verschoben wird. Frankreich wird dem Vooarnogest keine Konzessionen machen, sondern als Gegenmaßnahme gegen die Nichtzulassung Polens einfach die Abrüstungskonventionen sabotieren. Aufschlag gegen die Aufnahme Polens in den Völkerbundrat ist dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ zufolge die feste Absicht Lindens und der schwedischen Regierung, die von allen schwedischen Parteien unterstützt wird, jede Vergrößerung des Völkerbunds raten außer durch Aufnahme Deutschlands zu verhindern. Ferner wird die japanische Regierung bekannt geben, daß sie ohne Rücksicht auf die individuellen Fälle im Prinzip gegen jede Vergrößerung des Rates außer durch Deutschland sei. Schließlich läßt sich auch noch die in den Dominions ausgeübte Stellung gegen den Plan in Betracht ziehen. Eine Resolution vorhanden ist, Schwedens Votum zu eliminieren, sei man jetzt auf dem Kontinent geübt geworden. Die Diskussion über weitere Dauerfriede im Rate werde wahrscheinlich bis zur Völkerbundversammlung im Herbst verschoben werden. Zugleich erhält sich aber hartnäckig das Gerücht, daß die bereits bis zum Mai vertagte vorbereitende Abrüstungskonferenz weiter bis nach der Durchsicht des Völkerbundrates verschoben werden soll. Es wird gar angedeutet, daß sie auf unbestimmte Zeit hinaus versetzt werden würde. Unter den obwaltenden Umständen sei man hierüber nicht übereinstimmend.

#### Gech gegen den polnischen Anspruch.

London, 18. Febr. In einem offenen Brief an die „Times“ legt Lord Grey seine Ansichten über den Völkerbundrat dar. Er schreibt: „Es ist allgemein zugestanden, daß Deutschland als eine Großmacht einen ständigen Sitz im Völkerbundrat erhalten soll. Aber wenn dem Antrag eines oder mehrerer gegenwärtiger Mitglieder des Völkerbunds auf einen ständigen Ratshitz stattgegeben wird, wird dem eine große Verwirrung folgen. Denn bei jeder Vergrößerung eines solchen Ratshitzes werden sich einige weitere Ansprüche geltend machen, die gerechtfertigt nicht abgewiesen werden können. Wo ist die Grenze, die gezogen werden muß, und wo hat die Erweiterung des Rates anzufangen? Ist Deutschland in Vooarno irgend etwas gesagt worden, daß die gegenwärtige Konzeption im Völkerbundrat geändert werden würde, wenn es in den Völkerbund eintritt? Wenn nicht, dann hat Deutschland recht, wenn es verlangt, daß der Völkerbundrat unverändert bleibt. Wenn eine Revision der Zusammenfassung des Rates stattfinden soll, dann erst, nachdem Deutschland einen Sitz erhalten hat und an den Diskussionen im Rate teilnehmen kann. Ich schreibe mich dem guten Willen gegenüber Polen an. Aber nimmt irgend jemand an, daß die Zuzuehung eines ständigen Ratshitzes an Polen jetzt erdriekt werden wäre, wenn Deutschland ihm nicht zugewillt werden sollte? Der Wunsch, Polen als Gegenmaßnahme gegen Deutschland in den Rat zu bringen, ist obzwar, da er davon ausgeht, daß das alte System mit der Teilhaberschaft seinen Weg in den Völkerbund gefunden hat. Vooarno sollte nur ein Schritt, und zwar ein großer Schritt sein, Europa von dem alten System der Gruppen und Nebenbuhlerien abzubringen. Wenn dieser Augenblick gemäht wird, um Polens Anspruch auf einen ständigen Ratshitz durchzubringen, wird dies die verhängnisvollsten Folgen haben, das Werk von Vooarno könnte ungeschick gemacht und die Hoffnungen zerstückt werden, die daraus gefaßt waren. Es würde einen bemerkenswerten Rückschlag in den Erwartungen bedeuten, die von der Zukunft des Völkerbunds gebort wurden.“

#### Der Franzose Languet über die Bedrückung Südtal.

Paris, 17. Febr. In der „Volonté“ geht der französische Sozialist Languet auf die Tiroler Frage ein. Die Lage Tirols, sagt er, habe sich erst mit der Entwicklung des Faschismus wirklich verschlechtert. Mussolini habe nur sehr wenig von dem systematischen Kampf gegen die deutsche Sprache und gegen die deutschen Schulen gesprochen. In den 400 Schulen sei aber in Wirklichkeit der Unterricht in der deutschen Sprache vollkommen unterbott. Alle Lehrstunden würden nur noch italienisch gegeben, das die Kinder nicht verständen. Das ausgezeich-

nete frühere deutsche Unterrichtssystem, das das Analphabetentum in Tirol vollständig abgeschwächt hatte, sei durch das italienische System ersetzt worden, unter dem es 40 Prozent Analphabeten gebe. Die unglücklichen Tiroler hätten keine Schulen, keine selbstgewählten Gemeindevertreter und keine Zeitungen mehr. Selbst Vorträge über die Kunst und die Literatur Tirols würden verboten. Es sei begehrt, wenn sich französische Kreise bemühten, ein kleines Abenteurermandat zu schaffen, indem sie die Protestbewegung in Oesterreich und in Deutschland als den deutschen Drang nach dem Süden hinstellten. Die Protestbewegung mache sich nicht nur in Oesterreich und Deutschland, sondern auch in England, Skandinavien und in Amerika, ja selbst in gewissen französischen Kreisen geltend.

#### Amerikas Druck auf Italien.

New York, 17. Febr. Die ersten praktischen Folgen von Mussolinis Tiroler Neben beginnen sich jetzt zu zeigen. Der amerikanische Senat, der durch schon dem Schuldenabkommen mit Italien nicht allzu freundlich gegenüberstand, hat es jetzt bei der Beschaffung der Tagesordnung für die restliche Session völlig ignoriert, so daß die Beratung für das italienische Schuldenabkommen auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben ist. Als Grund wird nicht offen, aber doch erkennbar die italienische historische Politik angeführt, die durch die Ratifizierung des Schuldenabkommens nur gestört werden könnte.

#### Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 18. Febr. Als Musikdirektor Müller im Herbst letzten Jahres sein erstes Streichkonzert gab, nur mit seinen selbst angebotenen Schülern, fand wohl mancher der Sache feindselig gegenüber, zweifelnd. — Schüler!? dachte man. Aber das Konzert, die herzlich, sehr mit Begierde aufgenommenen Darbietungen der jungen Künstlerlar unter Leitung ihres Lehrers und vor allem die gleichzeitig überall hörbare Frage: wann ist denn das nächste Konzert? haben wohl am besten bewiesen, daß der Wunsch, öfter eine gute Streichmusik zu hören, rasch seinen Fuß gefaßt hat. Die Musik, welche und einschmeichelnde Klänge ist und nicht eben nur einmal die Streichmusik. Nach künstlerischer Arbeit und endlosen Proben führt Direktor Müller am 21. d. M. seine Orchesterklasse zum zweiten Male in die Öffentlichkeit, und er hat ihr wirklich keine leichte Aufgabe zugewiesen. Eine „Düster- und Bauer“-Operette von Suppe, und erst eine Lustige Weiber von Landler-Operette von Nicolai sind Bieren, an denen schon manche gute Kavalle gefeiert ist. Seden wir uns aber das ganze Programm näher an, so finden wir, daß jedem Genuß Rechnung getragen wurde. Reizende Volgermelodien, erste Bieren, Balladen und allerliebste Intermezzi und Idyllen wechseln in bunter Reihenfolge und verdrängen genährte Stunden. Da nun beim letzten Konzert wieder verpönte Besucher an der geschlossenen Saantüre umkehren mochte, sei darauf hingewiesen, daß das Konzert nämlich um 4 Uhr beginnt und beim ersten Weigenstrich die Türen geöffnet werden. Hochzeitiges Erwidern ist dabei zu vermeiden. Und nun „vollen Erfolg“ als Lohn für weiteres Schaffen.

Neuenbürg, 18. Febr. (Tischbaupflege.) Die im Herbst angelegten Klebbäume an den Obstbäumen sind jetzt zu entfernen und sofort zu verbrennen, damit die auf ihm abgelegten Hausener nicht vermehren werden. Bierschiff konnte man feststellen, daß die Schmetterlinge unterhalb des Klebbereichs eine Menge Eier abgelegt hatten, diese werden durch Anstreichen des Stammes mit einer Prozentigen Karbolinlösung vernichtet.

(Wetterbericht.) Von der Depression im Nordwesten ausgehende Randstörungen erhalten der Bitterung ihren unangenehmen Charakter. Für Samstag und Sonntag ist wohl zeitweise aufheiterndes, im übrigen aber mehrfach bedecktes und auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Calmbach. (Gemeinderatssitzung am 11. Febr.) Von Seiten des Bauvereins Calmbachs, einer Anzahl Geschäftleute und Arbeiter wurden an den Gemeinderat Eingaben gerichtet, in welchen dieselben um unverzügliche Vorbereitung von Rothhandarbeiten nachsahen durch 1. eine Eingabe an die Reichs-eisenbahnverwaltung Stuttgart um Auslieferung der seit 1919 zurückgestellten zweiten Verladerrampe und des Abstellgleises, 2. Beilegung des Völkerbundes auf der Bari und Beilegung des großen Bogens der Großen bei der Bari durch Aufhebung, 3. Finanzierung einiger Wohnbaubanken. Der Vorsitzende führt hierzu aus, daß die Ausführung von Rothhandarbeiten im Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge der Gemeinde unmöglich sei, da verfügbare Mittel nicht vorhanden, und weder die Uebernahme größerer Baukosten noch die Zins- und Tilgungszinsen für Rothhandarbeiten in die Sozialkassen der kommenden Jahre, angesichts der jetzt schon vorhandenen finanziellen Ueberlastung, möglich sei. Die Reichseisenbahnverwaltung habe die Ausführung von Rothhandarbeiten, zu der ihr nicht die Mittel von anderer Seite zur Verfügung gestellt werden, abgelehnt, da sie eigene Mittel hierfür nicht habe. Ob die staatliche Straßenbauverwaltung an der geplanten Parallelfraße zur Calmerstraße ein Interesse habe, sei nicht bekannt, da auf eine diesbezügliche Anfrage noch keine Antwort eingelaufen sei. Von vertriebenen Gemeinderatsmitgliedern wurde die Notwendigkeit der Beschaffung von Arbeitsplätzen für die vielen Arbeitslosen als dringend notwendig bezeichnet und gewünscht, daß die Gemeinde selbst hierzu nicht in der Lage sei, Staat und Reich eingreifen sollten. Es wurde einstimmig beschlossen, an die Reichseisenbahn Stuttgart sechs Lokomotiven der Verladerrampe und des Abstellgleises als Rothhandarbeit heranzustellen und bei der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau anzufordern, ob zu dem Bau einer Parallelfraße zur Calmerstraße und zur Verlegung der Großen bei der Bari namhafte Staatsbeiträge zu erwarten sind.



Auf ein Besuch der Rebenliger des Gemeindefestplatzes wird beschlossen, den Sportplatz auf beiden Seiten mit einem zwei Meter hohen Drahtzaun einzufriedigen zu lassen.

Zu einigen Gesuchen um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus ohne Schankstätte wird die Bedürfnisfrage bejaht.

Die Ortsbauplanberatungsstelle beim Min. d. J. hat ihre Bereitwilligkeit zur weiteren Beratung der Gemeinde in Ortsbauplanfragen unter den in der gleichzeitig mitgelandten Gebührensordnung enthaltenen Bedingungen zugestimmt. Es wurde beschlossen, sich mit den gestellten Bedingungen einverstanden zu erklären.

Dem hiesigen Verein für Jucht und Dressur taffereiner eingetragener Hunde werden zur Einfriedigung seines Übungplatzes die erbetenen 150 Mde. Meter Stangen unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Soweit möglich sollen die infolge der Neueinfriedigung des Sportplatzes entbehrlichen Stangen verworfen werden.

Dem Gemeinderat wird ein von 31 Stromabnehmern unterzeichnetes Gesuch um Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem leitenden Stromlieferanten Friedrich Koppeler vorgelegt. Es wurde mit 9 gegen 4 Stimmen beschlossen, der Eingabe nicht stattzugeben.

Die Firma Friedrich Koppeler ersucht um Beschleunigung darüber, ob die Gemeinde bereit ist, die Leitung für die Lichtversorgung der Taubenhäuser und der Leinwandherstellung zu übernehmen, wenn sie unentgeltlich abgetreten werde. Die auf Verlangen der Reichsbahnabteilung noch vorzunehmende Umänderung der oberirdischen Bahnüberführung in eine Bodenunterführung wäre dann von dem neuen Stromlieferanten auszuführen. Ferner macht die Firma Koppeler Vorschläge über gemeinsame Kostenverteilung für die Leitungen der Gemeinde und ihre eigenen Verkabelungen. Dazu wurde beschlossen, die beiden Leitungen zur Taubenhäuser- und Leinwandherstellung zu übernehmen. Bezüglich der Mittelverteilung der Kosten für die eigenen Zweide der Firma Koppeler erst zu entscheiden, wenn feststeht, für wessen Rechnung das neue Leitungsnetz erbaut wird.

Der Gemeinderat nimmt von der durch Ministerialverordnung vom 11. Jan. 26 bestimmten Verringerung der Heizkostensteuerentscheidung ohne Erinnerung Kenntnis.

Zudem gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Sitzung des Kreisrathstages in Tübingen vom 30. v. M.

Nachdem in nichtöffentlicher Sitzung Grundstücksverhandlungen erledigt waren und der Vorsitzende vertrauliche Mitteilungen über die derzeitige Stellungnahme des Min. d. J. zu der Baugemeinschaft, Gemeinshaft der Freunde e. R. Wäldertr. gemacht hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Ottenshausen, 16. Febr. Der Viederkrans Ottenshausen hat sein 50jähriges Vereinsjubiläum verbunden mit Gesangsweertreue und 2. Johannisweibe auf Sonntag den 15. Juli d. J. feierlich in der zehnerschlichen Hofnung, daß bis dorthin die bestehende Geschäftsreise überwunden sein dürfte. Für die weitestgehenden Vereine kommen äußerst wertvolle Ehrengaben sowie auch Auslandsreise zur Verteilung. Der Delegiertentag findet am Sonntag den 2. April im Gasthaus zum Adler in Ottenshausen statt.

### Büdingen

Sulz, 18. Febr. (Töblicher Unglücksfall.) Der 70jährige Friedrich Broß von hier wird seit Montag vermißt und zwar war er am Abend dieses Tages von Sulz, wo er geschäftlich zu tun hatte, nach Waldberg zurückgefahren und dort im „Lagerhof“ eingeleitet. In etwas vorgerückter Stunde brach er, um den Deimweg anzutreten. Man legte Befürchtungen wegen seines Ausbleibens, besonders da man auf der Sulzer Landstraße seinen Stock und in dem abgelegenen „Lagerhof“ seinen Hut gefunden hat. Inzwischen wurde festgestellt, daß Broß infolge eines Unglücksfalls jäh aus dem Leben geschieden ist.

Freudenstadt, 18. Febr. (Aus Unvorsichtigkeit erschossen.) In Wald spielten zwei junge Leute im Alter von 14 und 20 Jahren in einem Zimmer Karten. Der jüngere kam auf den unglücklichen Gedanken, eine Zimmerlinde von der Wand herabzuholen trotz der Warnung des älteren Kameraden, der darauf hinwies, daß die Linde geladen sei. Daraufhin legte der Junge die Linde auf das Bett, kam dabei an den Abzugsbügel. Das Geschoss drang durch die Bettlakenwand und traf ein sechsjähriges Kind, die Schwester des Älteren, sofort tödlich. Der Unglückliche, der das Unheil angerichtet hat, ist Gefängnisstrafe des verurteilten Mörder.

Sulz a. M., 18. Febr. (Eine schwere Bluttat.) Sonnenwirt Kiefer von Nordstetten und der frühere Besitzer des

Käppelshofes Wiedmann von Nellingen waren gestern im Hotel „Bären“ in Weinmühlensrieden geraden. Als Kiefer das Lokal verlassen hatte, ging ihm Wiedmann nach und verfechtete ihm ansetzend mit einem Stock einen Schlag und traf ihn über die Augen. Sonnenwirt Kiefer jagte das Messer und stieß es Wiedmann mit einer solchen Wucht in den Leib, daß die Gedärme blühgelagert wurden. In schwer verletzten Zustand wurde Wiedmann mit Kinto ins hiesige Krankenhaus verbracht. Sonnenwirt Kiefer wurde auf seinem Wagen nach Hause gebracht. Eine genaue Aufklärung über den Vorgang wird wohl die bereits eingeleitete Untersuchung ergeben.

Stuttgart, 18. Febr. (Verlegung am Gefallenengedenktage.) Die württembergische Staatsregierung hat in Übereinstimmung mit der Mehrzahl der übrigen Länder aus Anlaß des Gefallenengedenktages am 28. Februar 1926 angeordnet, daß an diesem Tage die Dienstgebäude halbtags besetzt werden. Die Gemeinden werden ersucht werden, ein Gleiches in die Wege zu leiten.

Jaffenhäuser, 18. Febr. (Jugendliche Vandalen.) Dieser Tage jagten zwei hiesige Buben nach Mühlungen, um dort militärische Hänge zu suchen. Als ihnen in einigen Häusern auf ihre Bitten hin nichts gegeben wurde, schritten sie den Entschluß, sich am ganzen Ort zu rächen und trauten sieben jungen Volksgenossen auf dem Heimweg die Pistole ab. Nun hat sich die Polizei der Sache angenommen.

Ludwigshafen, 18. Febr. (Kaltster Tod.) Der frühere Buchdruckermeister Ernst Maier ist gestern Abend unerwartet vom Tode ereilt worden. Maier, der schon seit Jahren kriegsleidend war, ist auf einem Gang durch die Stadt in der Marktstraße von einem Unbekannten überfallen worden und kam zu Fall. Hüfterschüsse trafen ihn in ein nahe gelegenes Haus. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod infolge Herzstillstands feststellen.

Göppingen, 18. Febr. (Wohnungsstände freigegeben.) Die Wohnungsabteilung des Gemeinderats hat übereinstimmend mit dem Wohnungsamt beschlossen, jeden Wohnungsstock vom Wohnungsamt aus gründlich zu untersuchen, sofern nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen (Wohnsitzwohnungen), sowie die Wohnungswirtschaft über Wohnungsstände aufzuklären und zu gestalten, daß jede Wohnung gegenseitig gesäubert werden kann.

Stuttgart, 18. Febr. (Ein treuer Gauner.) Kürzlich wurde in Hohenheim nach der Schweinehändler Käufersbühler durch Klopfen aus dem Schlafe geweckt. Als er das Fenster öffnete, rief ihm eine Stimme zu: „Telegramm!“ Gleichzeitig wurde von einem Unbekannten ein Brief ans Fenster gelegt. Käufersbühler las den Brief, in dem er aufgefordert wurde, sofort 300 M. an das Fenster zu legen, andernfalls das Anwesen in Brand gesetzt werde. Der Brief enthielt außerdem noch verschiedene Proben. Kurz entschlossen teilte Käufersbühler dem Unbekannten mit, daß er das Geld erhalten werde. Auch warf er ihm eine leere Briefhülle zum Fenster hinaus. Inzwischen war er seine beiden Söhne, die er erkannt zu werden. Da derselbe Fall in einer anderen Nacht im Gd. Württemberg in Heimbühl sich ereignete, so vermutet man, daß man es mit demselben Gauner zu tun hat.

Tuttlingen, 18. Febr. (Ein Koffert der Tuttlinger Industrie.) Unter dem Eindruck der für Industrie, Handel und Gewerbe verderblichen Wirkungen, übermäßigen Steuer- und sozialen Lasten schlossen sich die hiesigen Arbeitgeber zu einem örtlichen Verband zusammen, um durch einheitliches Vorgehen gegen die Stadt, sowie gegen die übrigen Körperschaften zu erzwängen, daß die städtischen Umlagen, Krankheitsbeiträge usw. bedeutend herabgesetzt werden. Es wird verlangt, daß sich diese Körperschaften auch den heutigen Verhältnissen anpassen sollen durch Abbau ihrer Verwaltungen in jeder Hinsicht und daß fernerhin Minderleistungen von Umlagen nicht mehr stattfinden dürfen. Es ist für einen Geschäftsmann unendlich nachträglich seine Preise zu ändern, deshalb gehen diese Nachforderungen größtenteils, wie übrigens die meisten Steuern, von der Zustimmung eines Geschäftsbetriebes ab. Auch kam zum Ausdruck, daß Vorschläge zum Haushaltsplan, angesichts der stabilen Verhältnisse, die wir wieder haben, spätestens im April oder Mai jedes Jahres herauszugeben sind und nicht erst im Dezember, dadurch werden übermäßige Ausgaben der Stadt verhindert, auch ist dann eine genauere Kalkulation in den Haushalten wieder möglich. Die hiesige Industrie ist am Ende ihrer Leistungsfähigkeit, deswegen ist Hilfe dringend nötig. Und Hilfe kann nur durch Abbau von Steuern und sonstigen Lasten gebracht werden, nicht durch Kredite, wie sie die Stadt der hiesigen Schuhindustrie anbieten wollte. In der Gründungsversammlung des Verbandes wurde förmlich verlangt, energisch vorzugehen, denn die Gefahr eines weiteren Zurückgehens der hiesigen Industrie ist im Verzug. Schon heute lie-

gen Tausende von Arbeitern hier auf der Straße und mit der Wahrscheinlichkeit, daß noch weitere folgen werden, ist zu interessieren, daß Hilfe kommt, damit wieder Arbeit für die Arbeiter lange dauere. Und was dann? Deshalb liegt es im öffentlichen Interesse, daß Hilfe kommt, damit wieder Arbeit für die Arbeiter vorhanden ist, aber auch für die offenen Geschäfte, wie für die Stadt usw. selbst, denn eine Industrie, die brach liegt, kann auch keine Steuern aufbringen. Die Hilfe, die sofort kommen muß, denn es ist die erste Stunde, ist vielleicht zu spät, um alles das wieder gut zu machen, aber es ist vielleicht möglich, noch zu retten.

Ludwigshafen, 18. Febr. (Verlust.) Ein hiesiger Bauer war damit beschäftigt, seinem Schwager Tücher in die Viehwiesen zu führen. Eines der Pferde sank in weichen Moorboden ein und verwickelte sich anscheinend mit einem Fuß an einer alten Baumwurzel. Durch die Anstrengungen, die das Pferd machte, um sich zu befreien, zog es sich an der so hart Verlegungen zu, daß es trotz sofortiger tierärztlicher Behandlung erschossen werden mußte. Der Verlust des wertvollen Tieres bedeutet für den Besitzer einen Schaden von mindestens 600 Mark.

Stuttgart, 18. Febr. (Der brennende Kamin.) Anlässlich einer Erziehung spielte sich in der Pfarrkirche eine aufregende Szene ab, die schlimme Folgen haben können. Die Penitente waren jedoch nach der Exkommunikation vom Altar an ihren Platz zurückgeführt, als die Frau mit dem Schleiher einem hinter ihr brennenden Stuhlstuhl zu nahe kam und alsbald in heller Flamme stand. Dem reich geschlossenen Eingreifen der Umgebung war es zu verdanken, daß der Feuer schnellstmäßig unterdrückt wurde und die Braut keine weiteren nennenswerten Schäden nahm.

### Baden

Friedrichsthal, 18. Febr. Der Vater und der Bruder des ermordeten Mädchens befinden sich noch in Haft. Nach der „Schwäbischen Zeitung“ besteht dringender Verdacht, daß es Verbrechen im Sinne des § 175 in die Affäre hineinzieht.

Heidelberg, 17. Febr. Ein nettes Ehepaar wurde gestern früh am Oberrheinübergang Klingeneich vorgeführt. Ein brauner Chiemann, der zeitig zur Arbeit eilt, bogegen seine Frau, die in Begleitung des Kinderträgers (als Kutschmann) heimwärts eilt. Es kommt zu schweren Auseinandersetzungen. Der Kutschmann hat seit 10 Uhr abends vorher in den kranken Kindern gemacht, während die Transportende Kutschmanns abzuholen hatte. Es bogelte Kutschmanns den Kutschmann gab es für die leistungsfähige Frau Weigel und Kutschmann die Frau nach den Auslagen ihres Mannes über zu zuvor erst um 6 Uhr morgens beimgekommen war. Der Mann behält dem Kinderträgers, das Haus zu betreten, während er selbst nicht ins Geschäft ging, sondern darüber wachte, bis seine Frau in nicht in solcher Verfassung das Haus betritt, sondern den Tauschdruck vor verschlossener Tür abwartete. In dieser Verfassung dürfte bei dieser Frau nicht gerade berrührende Erinnerungen erweckt haben.

### Bermittlichtes

Von der bayerischen Grenze, 18. Febr. (Freder Dittball.) Ein unbekannter Mann kam in die Seenerlei Dörben, wo die vorübergehende Anwesenheit des Senner dazu diente, an seinem unverheirateten Schreibtisch in der Seenerlei eine Besuche mit 24 Mark Inhalt an sich zu nehmen und eilig nach zu verschwinden. Trotz sofortiger Verfolgung gelang es nicht mehr, den Frevler zu ergreifen.

Ein Wohnort für Bauern. Unsere Bauern, die zu früh übergeben, mögen nachfolgenden Spruch, der sie zu Spaditor von Nützlichkeits befindet, beherzigen: „Wer sein Spaditor gibt sein Brot vor seinem Tod und leidet nachher selber Not, ist wert, daß man ihn schlag mit einer Keule!“

Ein Lebenswörter zum Jung erweist. In Waldenburg ergriffte sich ein schwerer Unfall. Ein Waldwagen kreuzte auf Oberrheinübergang Klingeneich mit einem anderen Waldwagen. Der 50jährige Wälgemeister Kirschner, der die Wälgelohr und fiel dem Pferd in die Fänge. Dabei geriet er unter den Wagen und wurde vollkommen zermalmt. Der Kutscher

Haben Sie Fussbeschwerden? Dann tragen Sie meine Korsa-Ballenrost-Stiefel. B. Weigel, Pforzheim. Viele Anerkennungen!

### Bergib.

Originalroman von D. Courths-Mahler  
18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
Lärm und weit wurde auch Boris Hertz und ein süßer Trost schmeichelte sich in ihre Seele.  
„Genug des Glüdes — genug des Glüdes,“ dachte sie dankbar.  
Sie fühlte sich hart und müde und glaubte, alles ertragen zu können, wenn nur sein Leben ohne Schatten blieb. Sie plauderten noch eine Weile von diesem und jenem. Hans-Georg wurde wieder übermütig und überzeigte über den hochtönenvollen Ton seiner künftigen Schwiegermutter.  
„Du, Vori, mit der Zeit gewöhne ich ihr den zu Zug und Krümmen der ganzen Familie ab, die sie damit greulich tyrannisiert. Die kleine Traute scheint ganz verschüchtert dadurch zu sein. Geht, Vori, in Hohenheim soll sie sich recht mässig und bedächtig fühlen!“  
So malte er sich die Zukunft aus und Vori fragte sich in banger Sorge, ob nicht bittere Enttäuschungen seiner harren.  
„Ach, wenn sie den Mut gehabt hätte, ihn zu warnen!“  
Unter den großen Linden vor dem Lantwitzer Herrenhause war ein rot und weiß gestreiftes Zeitgedämmert. Darunter stand ein großer, runder Tisch und eine Anzahl stielcher Korblehnhühner. Zwei kleiner Stühle waren von zwei Damen besetzt. Sie trugen elegante, helle Frühjahrskostüme und waren mit Handarbeiten beschäftigt.  
Die Ältere, eine hübsche ägyptische Blondine von dreißig Jahren, war Frau Lena v. Clafennapp, die Jüngere, zarter und schlanker, war ihre Schwester Traute.  
Nach einer Weile legte Lena die Strickerel hin und sah in den Paal.

„Sonderbar, ich ste gar nichts von ihnen drei haben. Wo mögen sie nur heften?“  
Traut blühte ruhig weiter. Ein spöttischer Ausdruck lag um ihren Mund.  
„Aber Lena, sei doch froh, daß du mal Ruhe hast. Ich muß gestehen, daß es mir angenehmer ist, wenn sie nicht mit ihrem Indianergeheul die Luft erfüllen.“  
Es lag etwas Gefühlloses in dem Ton ihrer Stimme.  
Lena's Gesicht rötete sich ärgerlich.  
„Ihr habt eben kein Verständnis für meine Kinder — du und Mama. Nur Papa und Leo freuen sich über ihre ungebändigte Jugendluft.“ Traute hob den Kopf und sah die Schwester kühl an. Jetzt hatte dieses schöne Gesicht durchaus nichts kindlich Hüßliches, sondern einen harten, bestimmten Zug.  
„Ungebändigt — das ist es eben, Lena! Keine Kinder sind vollständig ungezügelt, zu Mama's und meinem Entsetzen. Wie kannst du sie nur so wild aufwachsen lassen! Wir sind doch ganz anders zogen.“  
In Lena's Gesicht zuckte es seltsam.  
„Ja — wir sind anders — ganz anders erzogen — dank Mama's strengem Regiment.“  
„Soll das eine Kritik sein?“ fragte Traute scharf.  
„Nein, nur das Festhalten einer Tatsache. Mama hat es natürlich mit uns so gut gemeint, wie ich es mit meinen Kindern gut meine. Ich bin aber zu der Einsicht gekommen, daß man Kindern Spielraum lassen muß, sich zu freien Persönlichkeiten zu entwickeln.“  
„Ach — wer hat dir denn diese Einsicht beigeht?“  
„Mein Mann,“ sagte Lena mit anfeuchtendem Blick.  
Wieder lächelte Traute spöttisch.  
„Ja, ja — Mama sagt auch, du hättest deinen Mann schlecht erzogen.“  
Lena lächelte. Es war ein kluges, befreiendes Lächeln.

„Mein Mann hat mich erzogen, Traute! Er war ein gelehrter Mensch, als ich seine Frau wurde. Ich habe es gar nicht erst versucht, ihn nach Mama's Rezept zu erziehen, er hätte sich das auch nicht gefallen lassen.“  
„Ach, Unfuss, eine kluge Frau macht aus einem Mann, was sie will.“  
„Sagt Mama,“ bestätigte Lena mit komischer Heftigkeit.  
Traute sah sie vorwurfsvoll an.  
„Mir scheint, du mochtest dich über Mama, Schätzchen, daß du ihre Lehren nicht beherzigst hast. Ich habe dich als Frau zu deinem Nachteil verändert. Du bist manchmal auch recht — nun — recht nachlässig in Bezug auf äußere Formen.“  
Lena blühte mit einem Lächeln, in dem viel spöttiger Spott lag, in Traute's Gesicht.  
„Aber nur in Bezug auf die äußeren, Traute. Dafür strebe die inneren besser geworden. Ich bin ganz zufrieden mit mir — und mein Mann auch.“  
„Mama aber nicht,“ sagte Traute mit scharfer Betonung.  
Lena wurde ernst.  
„Liebe Traute, gib es auf, mich zu heimlich, das besorgt Mama schon. Wenn deine Verehrer mit diesem strengen, schulmeisterlichen Gesicht über sie würden erkannt nach dem rührend hüßlichen Gesicht haben, das dich so vorteilhaft heidet.“  
Traute's Gesicht rötete sich vor Zorn. Aber sie blieb kühl und gemessen.  
„Ich verzichte auf eine Entgegnung. Wenn du auf meine wohlwollenden Worte nicht hören willst, ist es dein Schaden.“  
Lena lächelte wieder leise.  
„Also vertragen wir uns, Traute. Wir sind nicht feindlich. Du hast mich gereizt und ich habe mit dir keinen Hass gequittet.“

(Fortsetzung folgt.)

wie das Pferd kamen... wurde verurteilt... wurde eingeschleift...  
11 Jäger im Scher...  
Kaisersmangel in...  
Stuttgart, 18. Febr. (Verlust.) Ein hiesiger Bauer war damit beschäftigt, seinem Schwager Tücher in die Viehwiesen zu führen. Eines der Pferde sank in weichen Moorboden ein und verwickelte sich anscheinend mit einem Fuß an einer alten Baumwurzel. Durch die Anstrengungen, die das Pferd machte, um sich zu befreien, zog es sich an der so hart Verlegungen zu, daß es trotz sofortiger tierärztlicher Behandlung erschossen werden mußte. Der Verlust des wertvollen Tieres bedeutet für den Besitzer einen Schaden von mindestens 600 Mark.

Stuttgart, 18. Febr. (Der brennende Kamin.) Anlässlich einer Erziehung spielte sich in der Pfarrkirche eine aufregende Szene ab, die schlimme Folgen haben können. Die Penitente waren jedoch nach der Exkommunikation vom Altar an ihren Platz zurückgeführt, als die Frau mit dem Schleiher einem hinter ihr brennenden Stuhlstuhl zu nahe kam und alsbald in heller Flamme stand. Dem reich geschlossenen Eingreifen der Umgebung war es zu verdanken, daß der Feuer schnellstmäßig unterdrückt wurde und die Braut keine weiteren nennenswerten Schäden nahm.

Stuttgart, 18. Febr. (Ein treuer Gauner.) Kürzlich wurde in Hohenheim nach der Schweinehändler Käufersbühler durch Klopfen aus dem Schlafe geweckt. Als er das Fenster öffnete, rief ihm eine Stimme zu: „Telegramm!“ Gleichzeitig wurde von einem Unbekannten ein Brief ans Fenster gelegt. Käufersbühler las den Brief, in dem er aufgefordert wurde, sofort 300 M. an das Fenster zu legen, andernfalls das Anwesen in Brand gesetzt werde. Der Brief enthielt außerdem noch verschiedene Proben. Kurz entschlossen teilte Käufersbühler dem Unbekannten mit, daß er das Geld erhalten werde. Auch warf er ihm eine leere Briefhülle zum Fenster hinaus. Inzwischen war er seine beiden Söhne, die er erkannt zu werden. Da derselbe Fall in einer anderen Nacht im Gd. Württemberg in Heimbühl sich ereignete, so vermutet man, daß man es mit demselben Gauner zu tun hat.

Tuttlingen, 18. Febr. (Ein Koffert der Tuttlinger Industrie.) Unter dem Eindruck der für Industrie, Handel und Gewerbe verderblichen Wirkungen, übermäßigen Steuer- und sozialen Lasten schlossen sich die hiesigen Arbeitgeber zu einem örtlichen Verband zusammen, um durch einheitliches Vorgehen gegen die Stadt, sowie gegen die übrigen Körperschaften zu erzwängen, daß die städtischen Umlagen, Krankheitsbeiträge usw. bedeutend herabgesetzt werden. Es wird verlangt, daß sich diese Körperschaften auch den heutigen Verhältnissen anpassen sollen durch Abbau ihrer Verwaltungen in jeder Hinsicht und daß fernerhin Minderleistungen von Umlagen nicht mehr stattfinden dürfen. Es ist für einen Geschäftsmann unendlich nachträglich seine Preise zu ändern, deshalb gehen diese Nachforderungen größtenteils, wie übrigens die meisten Steuern, von der Zustimmung eines Geschäftsbetriebes ab. Auch kam zum Ausdruck, daß Vorschläge zum Haushaltsplan, angesichts der stabilen Verhältnisse, die wir wieder haben, spätestens im April oder Mai jedes Jahres herauszugeben sind und nicht erst im Dezember, dadurch werden übermäßige Ausgaben der Stadt verhindert, auch ist dann eine genauere Kalkulation in den Haushalten wieder möglich. Die hiesige Industrie ist am Ende ihrer Leistungsfähigkeit, deswegen ist Hilfe dringend nötig. Und Hilfe kann nur durch Abbau von Steuern und sonstigen Lasten gebracht werden, nicht durch Kredite, wie sie die Stadt der hiesigen Schuhindustrie anbieten wollte. In der Gründungsversammlung des Verbandes wurde förmlich verlangt, energisch vorzugehen, denn die Gefahr eines weiteren Zurückgehens der hiesigen Industrie ist im Verzug. Schon heute lie-

Haben Sie Fussbeschwerden? Dann tragen Sie meine Korsa-Ballenrost-Stiefel. B. Weigel, Pforzheim. Viele Anerkennungen!

Stuttgart, 18. Febr. (Verlust.) Ein hiesiger Bauer war damit beschäftigt, seinem Schwager Tücher in die Viehwiesen zu führen. Eines der Pferde sank in weichen Moorboden ein und verwickelte sich anscheinend mit einem Fuß an einer alten Baumwurzel. Durch die Anstrengungen, die das Pferd machte, um sich zu befreien, zog es sich an der so hart Verlegungen zu, daß es trotz sofortiger tierärztlicher Behandlung erschossen werden mußte. Der Verlust des wertvollen Tieres bedeutet für den Besitzer einen Schaden von mindestens 600 Mark.



wie das Pferd kamen ohne Schaden davon. Der Wagen wurde zertrümmert. Ein Kind, das auf dem Wagen saß, wurde mitgeschleift, konnte aber noch lebend unter den Trümmern hervorgezogen werden.

14 Jäger im Schnee. Aus Rodlau wird gemeldet: Infolge andauernden Schneeeises ist der russische Eisenbahnverkehr auf den meisten Strecken ins Stocken geraten. In den letzten fünf Tagen sind in der Nähe von Rodlau 14 Jäger eingeschneit. Aus den Provinzen kommen Meldungen von zahlreichen Eisenbahnunfällen.

Zusammenstoß in Amerika. Aus Salt Lake City wird gemeldet: Eine niedergeborene Lokomotive begrub in dem Bergwerkrevier von Bingham mehrere Häuser der Ortsgemeinde unter Schnee und Geröll. 50 bis 100 Einwohner wurden verschüttet. Man fürchtet sie nicht, weder rechtzeitig retten zu können. Bis jetzt wurden 15 Tote aus den Trümmern zerstörter Gebäude geborgen.

### Handel und Verkehr.

Stuttgart, 18. Februar. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 31 Ochsen, 9 Bullen, 75 Jungkälber, 30 Jungschweine (am 10. 22 Kühe, 294 Kälber, 516 Schweine. Ergebnis aus je 1. Januar Lebendgewicht: Ochsen 1. 43-46 (letzte Markt 43-46), 2. 30-40 (am 10. 44-46 (43-46), 2. 30-42 (39 bis 41), Jungkälber 1. 48-51 (am 10. 2. 41-46 (am 10. 3. 34-39 (32-38), Kühe 1. 28-38 (am 10. 2. 18-27 (17-27), 3. 12-17 (12 bis 18), Kälber 1. 72-74 (70-72), 2. 66-70 (64-68), 3. 58-64 (55-62), Schafe 1. 70-74 (am 10. 2. 35-40 (35-38), Schmelze 1. 81-82 (80-82), 2. 80-82 (80-81), 3. 79-80 (78-79), Sauen 80 bis 82 (78-79) Marktverlauf: Bei Großvieh langsam, sonst mäßig lebhaft.

Stuttgart, 18. Febr. (Landesproduktebörse). Der Getreidemarkt verhielt sich ruhig. Preise unverändert: Auslandsweizen (ab Mannheim) 32-33, mittl. Weizen 22-24 75, Sommergerste 17.50-20.50, Roggen 17-17.50, Hafer 16-18, Weizenmehl 41.50-42.50, Weizenmehl 32-33, Kleie 9.25-9.50, Weizenkleie 6.25-7.25, Kleeheu 7.25-8.25, drahtgepreßtes Stroh 4 bis 4.50 Mk. per 100 Kg.

Stuttgart, 18. Febr. (Pferdemarkt). Der Pferdemarkt war mit 175 Pferden besetzt. Verkauft wurden 50 Stück zum Preis von 300-1200 Mk.

### Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 18. Febr. Die Gemeindebehörden sind von den Ministern des Innern und der Finanzen angelesen worden, die Verhandlung der bei ihnen etwa vorliegenden oder noch eingehenden Anträge auf Änderung der Erbschaftsteuer für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1925 zunächst zurückzustellen. Weitere Prüfung wird folgen.

Verleumdung, 18. Febr. Der Provinzialausschuss wählte zum Vertreter der Provinz Sachsen in den Reichsrat den Oberpräsidenten Heinrich Hagedorn und zu seinem Stellvertreter den früheren Staatsminister Graf von Polakowsky-Wehner.

Dresden, 18. Febr. Das Reichliche Ministerium des Innern hat die Abgabe der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler am 4. März in einer großen Kundgebung in Leipzig sprechen zu lassen, zum Antrag genommen, jedes öffentliche Auftreten Hitlers für den ganzen Freistaat zu verbieten. Waghalsig für dieses Verbot war die Ermüdung, daß Hitler mit seinem Kulturreis erfahrungsgemäß überall Aufregungen herbeizuführen und überdies, als ein in Deutschland wegen Hochverrats befristeter Ausländer, das Recht auf öffentliche Rede freiheitlich verweigert habe.

Chemnitz, 18. Febr. Der 25 Jahre alte Kontorist Paul Währlich schloß die 14 Jahre alte Tuchmacherin Luise Kottke in den Kopf, verletzte sie schwer und erschoss sich dann selbst. Kottke hat sich zu der Tat hinreichend lassen, weil die Kottke das mit ihm unterhaltene Liebesverhältnis abgebrochen hat.

Berlin, 18. Febr. Im Rechtsauslaß des Reichstages wurde nach Schluß der Beratung über die Anträge zur Vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstentümern der Antrag auf entschuldigungslose Entlassung mit 16 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Zur Abstimmung über den Paragraph 1 des Konventionsartikels gelangte der Ausschuss noch nicht.

Berlin, 17. Febr. Dieser Tage ging durch die Presse eine Meldung, wonach zwischen der Deutschen Reichsbahn und der tschechischen Regierung Verhandlungen schweben, die sich auf einen gegenseitigen Austausch der Bahnhöfe Eger und Pardubitz im Walde beziehen. An zuständiger Stelle hören wir, daß derartige Verhandlungen nicht schweben und daß nicht darauf hingearbeitet wird, den deutschen Bahnhof in Eger gegen den tschechischen Bahnhof im Walde auszutauschen, daß auch der Lokalverkehr von Eger nach Deutschland wie die Zurückziehung des tschechischen Personals aus Eger nicht Gegenstand irgendwelcher Verhandlungen sind.

Berlin, 18. Febr. In dem Beleidigungsprozeß des Alttrautebegrüßers von Treuenfels gegen die verantwortlichen Redakteure des „Berliner Tageblatt“ und Schill vom „Vormärts“ vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte kam heute ein Vergleich zu Stande, demzufolge die Beklagten erklärten, sie hätten dem Alttrautebegrüßer von Treuenfels die Beteiligung am Pörschiner Meuterei als Kolle als Schuldiger von Nordorganisations nicht zum Vorwurf machen wollen. Sollte eine solche Behauptung aus den vom Kläger beanstandeten Artikeln der erwähnten Zeitungen herauszuheben sein, so werde sie zurückgenommen. Gegenwärtig könnten die Beklagten behaupten, daß der Privatsekretär tschechische Organisations mit Geld unterstützt habe. Darauf zog von Treuenfels seine Klage vom die Redakteure Dombrowski und Schill zurück.

Berlin, 18. Febr. Die gestern erwähnte Zeichnung auf die durch die unter Führung des Bankhauses Mendelssohn & Co. und der Bayerischen Vereinsbank stehendes Konfession übernommene achtjährige Nürnberger Stadtschulden von 1926 (Städtische Forderung) ist heute schon geschlossen worden, nachdem der Anleihevertrag durch Annahmen mit Sperrverpflichtung mehrfach gezeichnet ist.

Berlin, 18. Febr. In der Stadtschuldenanleiheunterzeichnung wurde dem sozialdemokratischen Antrag über die Abfindung der Hohenheimer mit den Stimmen der Demokraten angenommen. Auch dem Antrag über die Durchführung eines Volksentscheides über die entschuldigungslose Entlassung der ehemaligen deutschen Fürstentümer wurde zugestimmt. Der Antrag der Deutschnationalen, das Verbot von Kriegs- und Infanteriegeheimnissen zu beschließen, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag der Kommunisten betreffend die Verweigerung von 20000 Reich an den Ausschuss zur Durchführung des Volksentscheides.

Berlin, 18. Febr. Nach einer Wochenausgabe des „Berl. Tagbl.“ erschienen gestern im Hotel Adler in Thron zwei elegante junge Leute, wegen deren auffälligen Benehmens die Polizei benachrichtigt wurde. Beim Erscheinen der Polizei stürzten die beiden Unbekannten einen Polizeibeamten und verwundeten zwei andere durch Revolverschläge schwer. Darauf entflohen sie in einem Wagen in der Richtung nach Bromberg, wobei sie weilschossen und noch zwei Frauen verwundeten. Zur Verfolgung wurde Mäule alarmiert und die Polizei verstärkt. Trotzdem sollen die Verbrecher entkommen sein.

Berlin, 18. Febr. Das gegen den früheren Staatsanwaltsassessor Dr. Kaufmann und den Kaufmann Knoll eingeleitete Verfahren wegen Verleumdung amtlicher Schriftstücke aus der Bornatunternehmung wegen Nichtbefolgung war aufgrund des Anmeldegesetzes eingestellt worden. Wegen dieser Anverwandlung der Anwaltschaft hatte die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt, woraufhin das Landgericht nunmehr die Anwendung der Amnestie als nicht gegeben erachtete, so das Verfahren polizeilicher Motive zu verneinen ist.

Berlin, 18. Febr. Der Philodemitheer Arthur Schulze ist im Laufe des gestrigen Tages und heute vormittag eingehend von der Kriminalpolizei verurteilt worden. Der „B. J.“ zufolge hat sich bis jetzt noch nicht feststellen lassen, daß Schulze sich in Deutschland eines Verbrechens der Volksschändung schuldig gemacht hat. Mit

der Papierbeschaffung für die Frankensäckelungen hatte Schulze nichts zu tun. Nach seinen Angaben kommt das Papier nicht aus Deutschland. Falls Schulze sich strafbar gemacht hat, würde er entsprechend den Gesetzen nicht angeklagt werden, sondern es würde in Deutschland gegen ihn verhandelt werden. Der französische Kommissar Doulet hat sich Mittwochabend nach Berlin begeben, um als Vertreter der Pariser Polizei der weiteren Vernehmung des verhafteten Kettler Schulze beizuwohnen.

Berlin, 18. Febr. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Koden meldet, hat eine Anfrage im belgischen Ministerium des Innern ergeben, daß die Gerichte, die von einer bevorstehenden Aufhebung des Belagungsmaßes im deutsch-belgischen Grenzgebiet sprechen, angegriffen sind. — In den Untersuchungen beim Berliner Magistrat selbst eine hiesige Korrespondenz, daß von den städtischen Stadtschulden Schulz und Erhard noch keine Spur gefunden worden sei. Ein Haftbefehl gegen Schulz sei bisher auch nicht erlassen worden, weil das gegen ihn vorliegende belastende Material hierzu nicht ausreicht. — Heute früh wurde die 40-jährige Konfessionsänderin Blausfeld, ihre 14-jährige Tochter und ihr 11-jähriger Sohn durch Gasvergiftung tot aufgefunden. Die Frau, die mit ihrem Manne in Scheidung lebt, hat sich mit ihren Kindern das Leben genommen, weil sie die dauernden Aufregungen des Prozesses nicht länger ertragen konnte. — In polnisch-österreichischen Grenzgebieten gegen die deutsche Schule unverändert fort. — Wie mehrere Blätter melden, sind bei der Heeresverpflichtungsstelle in Stolz Untersuchungen in Höhe von 40000 Mark festgesetzt worden, die ein Zollangestellter begangen hat. — Im Seebad Heringsdorf waren im vor. Sommer des Ästern vom Postwagen Pakete verschwand. Der Postinspektor Dröbe war schließlich auf frischer Tat abgefaßt worden. Er wurde nunmehr vom Schöffengericht in Stettin zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilt. — Der Rechtskonsulent Hübnert und die Witwe Minna Glöck waren vom Schwurgericht in Landsberg wegen Vergiftung des Mannes der Frau Glöck zum Tode verurteilt worden. Sie wurden jetzt zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. — Auf dem Hofe der Landesstrafanstalt Stettin wurde ein polnischer Arbeiter, der wegen Ermordung seines oberjährligen unehelichen Kindes zum Tode verurteilt worden war, hingerichtet.

Prag, 18. Februar. Auf der Straße der von Jähresau nach Rachtitz in Böhmen führenden Lokalbahn fand ein Bahnwärter einen etwa dreijährigen Knaben, der quer über eine Schiene lag und dem die Hände und Füße mit einem Strich derart gefesselt waren, daß er sich nicht rühren konnte. Auf die Frage des Wärters, wer ihn dort hingelegt habe, erwiderte das Kind: Meine Mutter. Auf die weitere Frage, wo diese sei, erwiderte der Kleine: Sie ist am Schokoladenladen gegangen. In der freudigen Erwartung, daß die Mutter mit der Sühnlage bald kommen werde, war das Kind geduldig liegen geblieben. Wenn der Wärtler es nicht zufällig gefunden hätte, wäre es von einem Juge jermalm worden. Trotz eifriger Nachforschungen konnte bisher von der ermittelten Mutter keine Spur erbracht werden.

Rom, 18. Febr. Der „Messaggero“ berichtet, daß auf allen Stationsgebäuden, Hofstellen und Wärderschuppen der Bahnhöfen in der Provinz Venetia-Idrentino die Besetzung des deutschen zu dem italienischen Namen abgeändert wurde.

Paris, 18. Febr. Havas demontiert eine Londoner Meldung der „Chicago Tribune“, nach der Ministerpräsident Briand den Antrag auf Gewährung eines vollständigen Stilles im Völkerbundrot an Polen zurückgezogen haben sollte.

London, 18. Februar. Briand demontierte seine Zusagen für die Unterzeichnung eines als für Frankreich insgesamt geltend.

London, 18. Febr. Chamberlain erklärte, daß England sich bisher über die Frage eines Kartells für Polen noch nicht schlüssig geworden sei.

London, 18. Febr. In zuverlässigen Kreisen Londons verlautet, daß Mussolis Gesundheitszustand wieder größte Sorge erregt. Obwohl in letzter Zeit von Rom aus ständig demontiert wurde, daß Mussoli sich einer schweren Operation unterziehen müsse, wird nunmehr festgestellt, daß ein verheerender Ausbruch seiner Krankheit, eine solche Operation vorzunehmen, befragt wurde. Dieser Ausbruch lehnte er jedoch ab, nach Rom zu kommen, während Mussoli in Stallen nicht verlassen will. Die Krankheit besteht in letztem, aber andauernden Blutergüssen. Zwei schwere Anfälle sind schon vorgefallen, und es heißt, daß der letzte tödlich sein könnte.

Calabanza, 18. Febr. Ein französisches Militärflugzeug, das außer zwei Flugzeugführern einen schwer verwundeten Eingeborenen und einen Arzt an Bord hatte, ist in Brand geraten und abgebrannt. Die vier Insassen sind verbrannt.

Angora, 18. Febr. Die Kammer beschloß heute einstimmig die Einführung des Schweizer Bürgerlichen Gesetzbuches in der Türkei, wodurch weltliche und geistliche Institutionen im öffentlichen und sozialen Leben des türkischen Volkes getrennt werden. Die Bigamie wird verboten und jeder volljährige Person steht es frei, sich zu der Religion zu bekennen, der sie anzugehören wünscht.

New York, 18. Febr. Die amerikanisch-deutsche Schiedsgerichtskommission hat Entschuldigungsanträge gegen Deutschland im Gesamtbetrag von 5307368 Dollar gutgeheißen. Man schätzt die Ansprüche auf insgesamt etwa 180 Millionen Dollar, wozu nach die der amerikanischen Regierung mit 70 Millionen Dollar kommen.

Salt Lake City, 18. Febr. Die Zahl der bei dem Landesausgleich ums Leben gekommenen Personen hat sich auf 28 erhöht. Unter Schnee und Trümmern liegt vermutlich noch eine größere Anzahl Tote.

### Für Wiederbesetzung von Schulstellen.

Stuttgart, 18. Febr. Landtagsabgeordneter Heymann (Soz.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Seit dem Personalabbau hat in den württembergischen Volksschulen 700 Beauftragte zeitweilig nicht wieder besetzt worden, die vor-

her im Haushaltsplan vorhanden waren. Solange die Kamelungen von schulpflichtigen Kindern infolge des Geburtenanstiegs der Kriegsjahre im Rückgang waren, konnten die ungünstigen Wirkungen des Abbaus durch vermehrte Besetzungen der Lehrkräfte wenigstens teilweise ausgeglichen werden. Seit dem Vorjahr ist die Zahl der Neuanmeldungen zum ersten Grundschuljahr, insbesondere in den Städten, wieder in starkem Steigen begriffen und macht die Wiederbesetzung wenigstens eines Teils der ruhenden Stellen zur zwingenden Notwendigkeit. Teilweise sind die Anmeldungen so zahlreich erfolgt, daß eine Ueberbesetzung der im Volksschulgesetz für die einzelne Klasse vorgeschriebenen Höchstzahl erforderlich wäre, wenn nicht für schleunige Abhilfe gesorgt wird. Ist das Staatsministerium bereit, diesem Rothand der Volksschulen Rechnung zu tragen und von den ruhenden Stellen einen zur Deckung des dringendsten Bedarfs erforderlichen Teil in den Haushaltsplan für 1926 wieder einzustellen?

### Die Krise der „Gemeinschaft der Freunde“ in Württemberg.

Die „Deutsche Sparlosenzeitung“ befaßt sich in einem Artikel mit der Krise der „Gemeinschaft der Freunde“ und weist darauf hin, daß sich das württembergische Ministerium des Innern veranlaßt gesehen hat, gegen die Gemeinschaft vorzugehen. Das Ministerium vertritt den Standpunkt, daß die Verbindungen der Gemeinschaft unzulässig von ihr eingehalten werden können. In einem Schreiben an das Justizministerium läßt sich hierüber aus:

„Die mathematischen Berechnungen lauten durchweg dahin, daß ein großer Bruchteil einer gewissen (beliebigen Anzahl von) Sparlosen, die als Gruppe zusammengefaßt gedacht werden, zum Empfang der Pausparsumme weit später kommt, als in dem Zeitpunkt, in dem die eigenen Einlagen selbst bei der höchst beschleunigten Zurechnung dreiprozentiger Zinseszinsen die volle Höhe der Pausparsumme erreicht haben. Diese Sparlosen erhalten also keinerlei Kredit, sondern, wirtschaftlich gesprochen, ihr eigenes Geld zurück. Für sie handelt es sich somit um wahre Rieten, wenn man als Triebfeder des Abschlusses der Pausparverträge die Absicht ansieht, die Anzulänglichkeiten der eigenen Sparkraft durch Kreditverlangung zu ergänzen. Auf der Seite der frühest ausgelassen liegt dagegen eine Häufung von Bortteilen vor, denen keine Ausgleitung gegenübersteht. Sie kommen von Anfang an in den Besitz eines Eigenheims, während andere so und so lange nebeneinander Wietzins und Sparanlagen aufbringen müssen; für sie verwandelt sich nicht nur ihr eigenes Geld, das sie nicht jahrelang wieder verzinssich lassen lassen müssen, rechtzeitig in Sachwerte, sondern dazu hin, das Geld anderer, das sie lange Jahre zu niedrigerem Zins genießen und wenn während der Tätigkeitszeit Geldentwertung stattfindet, in immer entwerteterem Geld zurückzuführen haben.“

Die „Deutsche Sparlosenzeitung“ teilt ferner mit, daß von allen in Frage kommenden Stellen eindeutig festgestellt wurde, daß der Geschäftsbetrieb der Gemeinschaft der Freunde der erforderlichen gesetzlichen Grundlage entbehrt. Die aus dieser Sachlage zu ziehenden Konsequenzen sind auch von dem württembergischen Ministerium des Innern mit aller Deutlichkeit ausgebrochen. Der G. d. F. ist mitgeteilt, daß die gekennzeichnete Kontostelle für vor die Wahl stellt, entweder ihren Geschäftsbetrieb aufzugeben oder doch zumindest ihr Unternehmen auf neue rechtliche und gesetzliche Grundlagen zu stellen. Von vornherein ist aber dabei abgelehnt, daß von der Gesellschaft eine unter Verbeibaltung der derzeitigen Einrichtungen um die Erlaubnis zu Lotterieveranstaltungen und in veränderter Gesellschaftsform um die Zulassung als Depositenbank nachgehakt wird. Außerdem betrachtet es das Ministerium als selbstverständlich, daß die G. d. F. bis zur Schaffung einer tragbaren rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlage ihres Unternehmens sich einer Werbetätigkeit, wie sie seither betrieben wurde, und insbesondere auch einer Aestlegung von Geldern zumal in Grundstücken und Gebäuden enthält.

Man darf gespannt sein, wie sich die „Gemeinschaft der Freunde“ zu dieser neuen Sachlage stellen wird. In begriffen ist jedenfalls, daß von der zuständigen amtlichen Stelle nunmehr in völlig unzweideutiger Weise zu ihrer Stellung genommen worden ist.

### Besprechungen über die Erwerbslosenunterstützung.

Berlin, 18. Febr. Im Reichstag fanden heute nachmittag Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister, dem Reichsfinanzminister, dem Wirtschaftsminister, dem Arbeitsminister und Vertretern der Regierungsparteien über die Erwerbslosenunterstützungen statt. Wie das Nachrichtenbüro des Reichs Deutscher Zeitungsverleger und parlamentarischen Kreisen hört, kam folgendes Kompromiß zustande. Die Unterstützungsfrage in der Erwerbslosenfürsorge werden in den Ortstufen A, B und C mit sofortiger Wirkung erhöht. I. für Alleinlebende

Ein erfolgreicher Eisenbahnüberfall. Aus Weigrad wird berichtet: Vor einigen Tagen drang in den Vorhöfen des Personenzuges von Gottsche nach Predole ein Räuber ein, betäubte den Wächter mit einem schweren Schlag, warf ihn zu Boden, band ihm die Hände und raubte einen Betrag von einer Viertelmillion Dinar. Dann sprang er aus dem fahrenden Zug und bisser konnte von ihm keine Spur auffindig gemacht werden.

### Horkant Dirsau.

### Brennholz-Verkauf

am Samstag den 27. Febr. 1926. vormittags 10 Uhr, im „Hirsch“ in Oberreichenbach aus Staatswald Distrikt Beckenhardt Abt. 2 Nachmittags, 8 Brandmisch, 20 Föhrenbrunnen, 21 Eschen, 28 Rothgärten, 29 Sauhäll, 31 Hölzgrund, 36 Wardenhalde, 41 Föhrenhau, 32 Blindbochhalde, 33 Blindbergabene, 34 Schmierosen; Distr. Löhnhardt Abt. 49 Röhrlain, 50 Röhrl; Am.: Buch.: 49 Schir., 18 Brgl., 30 Buchsch.; hirt: 3 Brgl.; Nadelh.: 1 Schir., 200 Buchsch. Vorverkaufsstelle von der Forstdirektion, G. f. D., Stuttgart.

### Birkenfeld.

35 Zentner ewiges Alee- und Wiesenheu ist zu verkaufen. Kirchweg 24.

# Konfirmanden-Anzüge

in grosser Auswahl, in den Preislagen:

## Mk. 45.-, 40.-, 35.- und 30.-

Zu jedem Anzug gebe ich eine gutgehende

## Taschenuhr gratis.

# Hermann Huber

Kauf-Haus  
Schloßberg  
Pforzheim.



unter 21 Jahren um 20 Prozent, 2. für Kleinrentende über 21 Jahren um 10 Prozent, 3. für alle übrigen Hauptunterstützungsbekämpfer ebenfalls um 10 Prozent, jedoch nur, wenn sie bereits 8 Wochen nacheinander unterkühlt wurden. Die Höchstätze wurden nicht geändert. In der Berücksichtigung der Kinderzahl tritt keine Veränderung ein. In der Kurzarbeiterfrage wurde der Reichstag des sozialpolitischen Ausschusses, wie das Nachrichtenbüro weiter hört, von der Regierung abgelehnt. Danach tritt keine Differenzierung nach Ledigen und Verheirateten ein. Der Unterhaltungsbeitrag für Kurzarbeiter beträgt für den 3., 4. und 5. ausfallenden Arbeitstag den Tageslohn, den der Kurzarbeiter als Vollerwerblicher erhalten würde.

**Der deutsche Standpunkt in der Frage der Ratifizierung**

Berlin, 18. Febr. Die Meldung, daß an Pariser amtlichen und halbamtlichen Stellen die Ratifizierung ausgegeben werde, Spanien hätte bestimmt, Polen wahrscheinlich einen Ratifizierung zu erwarten, wird hier nicht für ganz richtig gehalten. Man geht von der Auffassung aus, daß Frankreich sich gegenüber Polen gebunden hat und gleichzeitig auch noch Spanien in den Völkerbund hineinzuziehen wünscht. Der deutsche Standpunkt wird, wie man versteht, davon nicht berührt. Auch wie vor würden wir darauf bestehen, daß zuerst die Aufnahme Deutschlands zu erfolgen hätte, ehe über neue Ratifizierungen zu debattieren wäre. Dagegen aber bleibt uns ja ein absolutes Einspruchsrecht. Das widersteht, so erklärt man uns, nicht der früheren Darstellung, daß Deutschland, wenn es auf Moralität setze, seine Annäherung zurückziehen würde. Wir würden unser Verzicht zurücknehmen, sobald gleichzeitig mit uns oder gar noch vorher neue Ratifizierungen verlangt würden. Gegen diesen Standpunkt dürfte, wenn man an ihm bis zum Ende festhält, nichts einzuwenden sein.

**Deutscher Reichstag**

Berlin, 18. Febr. Der Donnerstag sah eine verhältnismäßig kurze Reichstagsberatung, die in ihrem ersten Teil der Erledigung des Reichstagsbeschlusses in zweiter Lesung galt. Es sprach nur die beiden Kommunisten Levy und Korch, die noch einmal ihre bereits bekannten Ausführungen wiederholten, wobei sich der Abg. Korch zu scharfen Ausfällen gegen die deutsche Politik verleitete, sobald ihn der Reichstagspräsident Löbe zweimal zur Ordnung rufen mußte. Damit war dann der Justizetat erledigt und das Haus trat in den zweiten Teil seiner Beratungen ein, nämlich in die Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Hierzu lagen eine ganze Reihe von Interpellationen, namentlich aus dem kommunistischen und sozialdemokratischen Lager vor, die sich mit der Bekämpfung von Gräueltaten, der Ratifizierung des Washingtoner Arbeitsabkommens mit der Forderung der Arbeitslosenversicherung und Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise beschäftigten. Den Ausschlußbericht erstattete der Sozialdemokrat Hoch, während sein Neapolitaner Kollege Karsten die allgemeine Besprechung eröffnete. Neue Gesichtspunkte vermochte er nicht vorzubringen. Er wanderte sogar zum Teil mit falschen Behauptungen. So stellte er fest, daß die Angaben über die soziale Belastung seitlich übertrieben seien, als sie jetzt in der Denkschrift des Arbeitsministeriums angegeben werden. Das Umgekehrte ist vielmehr richtig.

Die Rißern der Denkschrift übersteigen sogar in verschiedenen Punkten die bisher veröffentlichten Angaben. Auch die Rede Stegerwalds reichte kaum über den Durchschnitt hinaus, obwohl sie viel gemäßigter gehalten war und namentlich Verständnis der Notlage der Wirtschaft entgegenbrachte. Allerdings heulte er eine Reihe von Forderungen auf, die sich mit denen seines sozialdemokratischen Vorredners deckten. Einen breiteren Raum seiner Ausführungen nahm das Problem des Wohnungsbaus ein. Er ging hier von der sehr richtigen Voraussetzung aus, daß eine Belebung im Baumarkt wesentlich zur Beseitigung der Wirtschaftskrise und zur Befähigung der Arbeitslosigkeit beitragen werde. Darauf wurden die Beratungen abgedreht und das Haus verließ sich auf Freitag.

**Die Finanzlage des Reichs**

Berlin, 18. Febr. Im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, daß die dem Reichstag von der Regierung angelegten Steuerentwürfe aus der Überzeugung heraus lämen, daß wir wirtschaftlich so in Not seien, daß zu dem Programm der Reichsregierung, das die Behebung dieser Notlage zum Ziele habe, auch Steuerentwürfe mit gehören. Die Regierung sei sich vollkommen darüber klar, daß durch Steuerentwürfe allein die Not nicht beboben werden könnte. Im Rahmen dieses großen Programms seien auch Steuerentwürfe, soweit sie eine Belebung der Wirtschaft bringen, unbedingt notwendig. Außer den Steuerentwürfen habe das Kabinett in den letzten Tagen ernsthaft und eingehend sich mit anderen Fragen beschäftigt, die es erwidern würden, die Wirtschaft wieder anzufachen. Vermutlich werde schon in den nächsten Tagen die Frage zum Abschluß kommen, daß die Reichsregierung der Reichsbankgesellschaft eine gewisse Summe zur Verfügung stelle, damit die Reichsbank dringende notwendige Investitionen vornehmen könne. Der Minister erklärte weiter, er könne nicht einsehen, warum Tausende von deutschen Arbeitern unbeschäftigt sein sollen und Bergwerke geschlossen seien, während andererseits die Eisenbahn schon aus Gründen der Betriebssicherheit außerordentliche Requisitionen nötig hätte und nur aus Gründen der Finanzierung etwas kleiner, was Tausenden Brot und Arbeit geben und die Betriebssicherheit der Eisenbahn gewährleisten würde. Der Etat für 1926 wird vermutlich mit einem, wenn auch nicht erheblichen Ueberschuß abgeschlossen. Der Etat der Steuern wird vermutlich noch etwas über die Schätzungen im Haushalt hinausgehen. Bei der Vermögens- und Erbschaftsteuer werden die Beträge allerdings nicht erreicht. Der National wird aber weitgehend durch die Ergebnisse der Einkommensteuer und durch die Höhe, die nach dem Jahresergebnis mit einem nicht unwesentlichen Plus abschließen. Die Regierung denkt nicht daran, den Betriebsmittelland, der unbedingt notwendig ist, zu vergraben. Aber es ist nicht der einzige Bestand der Reichskasse, weil die nicht verausgabten Summen aus vorigen Jahren noch zur Verfügung stehen, so z. B. die Summe von 150 Millionen, die zur einmaligen Ablösung der kleinen Kriegsanleihebestände bestimmt sind und andere. Den Ministertrag aus den für 1926 vorgeschlagenen Steuerentwürfen hat der Mi-

nister auf etwa 550 Millionen geschätzt, wobei die sog. Einkommensteuer eingezeichnet ist, da die Senkung der Umsatzsteuer für das Jahr 1926 nur für elf Monate auswirkt. Für 1927 rechnen wir mit einer Gesamtausgabe von 400 Millionen gegen 400 Millionen im Jahre 1926. Diese Erhöhung ist dadurch notwendig, daß wir für die Reparationsleistungen 1927 900 Millionen einziehen müssen. Der Betrag für die einmalige Ausgabe ist von 20 auf 267 Millionen erhöht worden. Die Deckung ist wie folgt gedacht: Für 1926 sind 4874 Millionen durch Steuern und Zölle im Etat vorgegeben, für 1927 nur 4734 Millionen, weil wir den Ausfall an Umsatzsteuer in Rechnung stellen müssen. Dagegen haben wir die Einkommenserhöhung aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer um 300 Millionen, aus der Vermögenssteuer um 50 Millionen erhöht. 1926 erbringt die freie Einkommen aus Steuern 900 Millionen. Auch die Kapitalertragsteuer beginnt allmählich stärker zu fließen. Alle übrigen Steuern, die finanziell ins Gewicht fallen, sind vorläufig nur mit demselben Betrag eingezeichnet wie 1926. Von den 4700 Millionen an Steuern und Zöllen müssen den Ländern und Gemeinden 2400 Millionen überwiesen werden. Das Reich denkt zunächst nicht daran, an den Anleihenmarkt zu greifen, es wird nicht daran gedacht, etwa hier zu einer Vermögensschatz zu kommen. Wir wollen lediglich die wirklich werdenden Ausgaben, die in Zukunft wieder größeren Generationen in gutem Glauben auf dem Wege der Anleihe decken. Wenn wir die Steuerentwürfe durchführen, wird unser Etat außerordentlich angepaßt sein. Wir werden dabei haben, mit den vorläufigen Mitteln durchzukommen, aber wir werden diese von uns nicht unerwarteten Schwierigkeiten dem großen Ziele unterwerfen, die Überwindung der Krise zu kommen. Wir können dieses Ziel nur dann erreichen, wenn Reichstag und Reichsregierung einig sind, hinter die Erreichung dieses Zieles alle anderen Wünsche zurückstellen und nur mit geschlossenen Willen auf diese große Aufgabe zuzugehen. Dabei ist ich verständlich nicht daran gedacht, daß die Reichsregierung irgend welche sozialen Aufgaben, die erfüllt werden müssen, drohen will. Die Reichsregierung hat in einer ihrer Sitzungen beschlossen, in der Kurzarbeiterfrage die Wünsche der Arbeiter mehrheitlich zu erfüllen und auch in der Erwerbslosenfrage das unumgängliche Notwendige zu tun, was finanziell und wirtschaftlich verantwortet werden kann. Gemeinsam wollen wir alle Aufgaben, die wir in dieser Zeit der Not tun können, abarbeiten und einen Weg finden, daß Ausgabenbewilligungen nicht beschließen werden können ohne entsprechende Deckung. Deshalb müssen auch eventuelle neue Wünsche auf Steuerentwürfen zurückgestellt werden. Die Senkung der Umsatzsteuer ist, soweit Reichsfinanzminister in Frage kommt, diejenige, von der wir uns einen wirtschaftlichen Erfolg versprechen können. Alle anderen Senkungen würden kein Ziel nicht dienen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und der Bayerischen Volkspartei wurde dann in Gegenstand zu den Wünschen der Regierung mit 15 gegen 11 Stimmen beschlossen, die Aussprache über die Regierungsvorlage zu vertagen, bis die Rede im Wortlaut vorliegt, was am ausschließlich am Freitag der Fall sein wird.

**Bezugspreis:**  
Halbmonat in Fremdwähr. 25 Goldpf. Durch die Post in Orts- u. Überamtsbezirk, sowie im Postamt, 10 C. 1/2. a. Postbefreiung. Preise treiben. Nachherbildung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpf.  
In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung ab, auf Rückhaltung des Bezugspreises.  
Erklärungen nehmen alle Verleger, sowie Agenturen u. Inseratgemeinden jederzeit entgegen.  
Druck-Verlag Nr. 24  
O. K. Spangenberg Verlagsbuchh.

**Politische**

Die Reichstagsberatung am Donnerstag hat die Zeit der Besprechung über die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitsabkommens mit der Forderung der Arbeitslosenversicherung und Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise beschäftigt. Die Reichsregierung hat in einer ihrer Sitzungen beschlossen, in der Kurzarbeiterfrage die Wünsche der Arbeiter mehrheitlich zu erfüllen und auch in der Erwerbslosenfrage das unumgängliche Notwendige zu tun, was finanziell und wirtschaftlich verantwortet werden kann. Gemeinsam wollen wir alle Aufgaben, die wir in dieser Zeit der Not tun können, abarbeiten und einen Weg finden, daß Ausgabenbewilligungen nicht beschließen werden können ohne entsprechende Deckung. Deshalb müssen auch eventuelle neue Wünsche auf Steuerentwürfen zurückgestellt werden. Die Senkung der Umsatzsteuer ist, soweit Reichsfinanzminister in Frage kommt, diejenige, von der wir uns einen wirtschaftlichen Erfolg versprechen können. Alle anderen Senkungen würden kein Ziel nicht dienen.

**Konfirmanden-Anzüge** preiswert u. gut sowie in größter Auswahl **Konfektions-Haus Globus, Pforzheim, Westliche 38**

Gemeinde Würzburg, O.A. Calw.  
**Forkenstammholz-Verkauf.**  
Aus dem Gemeindevwald Abteilung Becherberg 1 u. 3 Zimmer 1, Hardt 1, Hölzberg 1 kommen im schriftlichen Aufsteich in 4 Losen zum Verkauf:  
Langholz 148 Stüd 1.-5. Klasse, 224,46 Fm.;  
Sägholz 11 Stüd, 1.-3. Klasse, 14,12 Fm.  
Die unterschiedenen Angebote in ganzen Prozenten der Landesgrundpreise vom 1. Dezember 1925 ausgedrückt wollen mit der Aufschrift „Angebote auf Stammholz“ am Freitag den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr, an das Schultheißenamt abgegeben werden.  
Ueber den Zuschlag wird Bescheid erteilt. Losverzeichnisse erteilt Waldmeister Fenschel.  
Gemeinderat.

Ab heute steht ein großer Transport  
schöner, hochträcht. Kalbinnen und Kühe, sowie zwei Paar Schafftiere und Juchtrinder in meiner Stallung und laßt Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst ein.  
**J. Lörcher z. „Hirsch“**  
Unterhangskett, Station Pödenzell.

Statt Karten.  
**Fritz Kremer**  
**Marie Kremer**  
geb. Keppler  
↔ Vermählte ↔  
Berlin Schömberg

Neuenbürg.  
Um meiner werten Kundschaft günstige Einkaufsgelegenheit zu bieten, gewähre ich bis 25. ds. Mts. bei Barzahlung  
**= 20 Prozent, =**  
auf Damen- und Kinder-Kleider  
**30 Prozent Rabatt.**  
**Ludwig Pross.**

Neuenbürg.  
Der Landwirtschaftl. Ortsverein vermittelt wieder  
**Saatkartoffeln u. Saatfrucht**  
Bestellungen nimmt entgegen  
**R. Kaiser.**

Schwann.  
Am Sonntag, den 21. Februar findet im Gasthaus „Löwen“  
**große Hundebörse**  
statt.

Neuenbürg.  
Bestellungen auf  
**Saat- und Speisekartoffeln, sowie Weizenmehl**  
nimmt entgegen  
**Ernst Dchner & Sohn.**

Schwannberg.  
Verkaufe junge, hochträchtige  
Ausz- und Zuchtstiere  
**Robert Aling.**  
Bestellungen auf  
**Stempel**  
jeder Art nimmt entgegen  
**G. Nechische Buchhandlung**

**Damen- und Mädchen-Bekleidung**  
Mäntel, Kostüme, Tailleurkleider, Röcke, Blusen.  
**C. Berner-Pforzheim**  
Verkaufsräume parterre und eine Treppe hoch.  
ECKE METZGER- & BLUMENSTRASSE

Stuttgart, 19. Febr. Die Stuttgarter Briefe geben ein Bild der Lage der Reichsregierung nach innen. Die Regierung hat die Wirtschaftskrise als Hauptproblem erkannt und hat Maßnahmen zur Bekämpfung beschlossen. Die Reichsregierung hat in einer ihrer Sitzungen beschlossen, in der Kurzarbeiterfrage die Wünsche der Arbeiter mehrheitlich zu erfüllen und auch in der Erwerbslosenfrage das unumgängliche Notwendige zu tun, was finanziell und wirtschaftlich verantwortet werden kann. Gemeinsam wollen wir alle Aufgaben, die wir in dieser Zeit der Not tun können, abarbeiten und einen Weg finden, daß Ausgabenbewilligungen nicht beschließen werden können ohne entsprechende Deckung. Deshalb müssen auch eventuelle neue Wünsche auf Steuerentwürfen zurückgestellt werden. Die Senkung der Umsatzsteuer ist, soweit Reichsfinanzminister in Frage kommt, diejenige, von der wir uns einen wirtschaftlichen Erfolg versprechen können. Alle anderen Senkungen würden kein Ziel nicht dienen.